



► **Kolumne**

Seite 1

► **Spielzeugsicherheit**  
► **Freiheit für Ungarns Presse**

Seite 2

► **Wegweiser Europa**  
► **Termine**  
► **Impressum**

Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

haben wir uns in Europa schon so sehr an die Pressefreiheit gewöhnt, dass wir kaum noch bemerken, wenn sie uns Schritt für Schritt wieder genommen wird?

Zu Recht empören wir uns lautstark, wenn in Moskau oder Minsk die Meinungsfreiheit mit Füßen getreten wird. Doch wir tun dies aus der Sicherheit heraus, dass derlei in unserer EU-Wertegemeinschaft undenkbar ist und dass, wie Art.11 der EU-Grundrechtecharta garantiert, die „Freiheit der Medien und ihre Pluralität“ geachtet werden.

Umso dreister erscheint daher das jüngste Mediengesetz der rechtskonservativen Regierung in Budapest, das de facto durch eine (Wieder-)Einführung der Zensur der demokratischen Grundordnung Ungarns einen schweren Schlag versetzt. Selbstverständlich müssen wir ein derartiges Gesetz innerhalb der EU mit allen Mitteln bekämpfen. Doch sollten wir dabei nicht vergessen, dass eine schrittweise Untergrabung der Pressefreiheit auch anderswo um sich greift: Die schamlose und ungestrafte Gängelung der italienischen Medien durch Silvio Berlusconi ist nur ein Beispiel hierfür.

Es ist höchste Zeit, dass sich die EU wieder auf ihre Rolle als Garant von Freiheit und Grundrechten besinnt und diese entschieden verteidigt - auch und gerade gegenüber ihren eigenen Mitgliedsstaaten!

Es grüßt Sie herzlich  
Ihre

*Evelyne Gebhardt*

## Europa blüht farbig und vielfältig wie die Wiesen im Hohenloher Land.

### Alle guten Wünsche für das neue Jahr.



## In Vielfalt vereint





## Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 1/2011, 13. Januar 2011



### **Mehr Sicherheit im Kinderzimmer**

**D**ie Sicherheit und Schadstofffreiheit von Spielzeug steht im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. SPD-Binnenmarktexpertin Evelyne Gebhardt hat aus diesem Grund im Rahmen einer mündlichen Anfrage die Europäische Kommission aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und schnellstens die Grenzwerte für CMR-Stoffe (krebserregende, erbgut- oder fortpflanzungsschädigende Stoffe) herabzusetzen.

„Bei der Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder darf es keine Kompromisse geben. Bereits bei der letzten Revision der Richtlinie haben wir Sozialdemokraten darauf gedrängt, sowohl eine bessere Marktüberwachung als auch eine Sicherheitsüberprüfung von Spielzeug durch unabhängige Institute (Drittzertifizierung) einzuführen. Leider fällt uns jetzt auf die Füße, was die konservativ-liberale Mehrheit damals verhindert hat“, so die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

Hinsichtlich der Grenzwerte von CMR-Stoffe hat die Europäische Kommission zugesichert, dass jene nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen durch ein Komitologieverfahren strenger festgelegt werden. Zusätzlich verweist sie auf die Verantwortung der europäischen Mitgliedstaaten.

Das in der Spielzeugrichtlinie festgelegte Vorsorgeprinzip erlaubt es schnell zu handeln, wenn ein ernstzunehmender Verdacht auf eine Gesundheitsgefährdung auftaucht. „Die europäischen Mitgliedstaaten müssen

aber auch von diesem Recht Gebrauch machen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um unsere Kinder sofort vor gefährlichen Produkten zu schützen“, forderte Evelyne Gebhardt. „Eine strenge Gesetzgebung ist nur dann effizient, wenn sie von den Mitgliedstaaten auch zusammenhängend angewendet wird. Europa stellt hierfür die Weichen – die Mitgliedstaaten müssen aber handeln“, so die SPD-Abgeordnete abschließend.

### **Freiheit für Ungarns Presse**

**D**ie sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat eine Initiative für mögliche EU-Sanktionen gegen Ungarn in Gang gesetzt, um die im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen Werte zu verteidigen. Die ungarische Regierung steht wegen ihres umstrittenen neuen Mediengesetzes europaweit in der Kritik.

Martin Schulz, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, hat den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten formell aufgefordert, die Bestimmungen des neuen Gesetzes eingehend zu untersuchen. Das Ergebnis der Untersuchung könnte dazu führen, dass das Parlament seine vertragliche Befugnis zur Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens nutzt.

Bei der nächsten Plenarsitzung diesen Monat in Straßburg wird es zur direkten Machtprobe kommen, wenn Premierminister Viktor Orban aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft seines Landes zu den Europaabgeordneten spricht.

Schulz forderte den Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und dessen Kollegen auf, Entschlossenheit bei der Verteidigung der europäischen Werte an den Tag zu legen.

Martin Schulz sagte: „Ganz Europa ist in Sorge, dass das neue ungarische Mediengesetz mit seinem von der Regierung ernannten Medienrat die Pressefreiheit einschränken wird. Das Recht, Informationen ohne behördliche Eingriffe zu empfangen und weiterzugeben, ist in der Europäischen Charta der Grundrechte verankert, und der Vertrag von Lissabon legt die Werte der Europäischen Union eindeutig fest.“

Wir dürfen nicht erlauben, dass Ungarn oder eine andere Regierung die Grundwerte der Europäischen Union aufs Größte missachtet.

Das ist eine wichtige Angelegenheit, die mit dem notwendigen Ernst angegangen werden muss. Ich habe unmittelbar nach der Verabschiedung des Mediengesetzes im Dezember Juan Fernando López Aguilar, den Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, angeschrieben. Ich habe seinen Ausschuss ersucht, das Gesetz so bald wie möglich zu analysieren, damit das Parlament darüber entscheiden kann, ob es ein Verfahren nach Artikel 7 des Lissabon-Vertrags eröffnet.

Diese Analyse sollte unter Beteiligung der betroffenen EU-Kommissionsmitglieder Viviane Reding und Neelie Kroes sowie von Vertretern internationaler Medien rechtzeitig für unsere

*(Fortsetzung auf Seite 3)*



## Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 1/2011, 13. Januar 2011



(Fortsetzung von Seite 2)

Debatte bei der Parlamentstagung fertiggestellt werden.“

Das Verfahren, das zur Aussetzung des ungarischen Stimmrechts bei EU-Entscheidungen führen könnte, dient dazu, für die Verteidigung der EU-Grundwerte zu sorgen. Diese Werte werden im Artikel 2 des Vertrags wie folgt definiert: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

### Strengste Kontrollen für Futtermittel

„Ich hab es einfach satt!“, empörte sich die SPD-Europaabgeordnete und Expertin für Gesundheits- und Verbraucherschutz Dagmar Roth-Behrendt über die Nachrichten zum Dioxin-Skandal. „Ich wusste nicht, ob ich lachen oder weinen soll, denn es ist doch immer wieder das gleiche Lied“, ärgerte sich Dagmar Roth-Behrendt.

„Immer wieder kommt es zu Zwischenfällen, weil Industrieabfälle aus Gewinnsucht und Geldgier zu Futtermitteln verarbeitet werden“, kritisierte Dagmar Roth-Behrendt. Häufig werden hoch erhitzte und verunreinigte technische Fette zur ‚Anreicherung‘ in Futtermitteln eingesetzt. Statt für

die Entsorgung ihrer Industrieabfälle bezahlen zu müssen, bekommen die Unternehmen sogar noch Geld für die Weiterverwendung ihrer Abfallfette. „Das ist ganz großartig für die Entsorger der Industriefette“, kommentierte die Europaabgeordnete weiter.

„Die Verwendung verunreinigter Industriefette bei der Verarbeitung von Futtermitteln verstößt gegen geltendes Recht“, stellte Dagmar Roth-Behrendt klar und forderte als Konsequenz: „Die einzige wirksame Möglichkeit ist es, die Zulieferer vom Markt zu verbannen. Und auch die Betriebe der Futtermittelhersteller, die keine Untersuchung ihrer Inhaltsstoffe vornehmen oder negative Funde verschweigen, müssen geschlossen werden.“

Dagmar Roth-Behrendt: „Ich habe mich immer mit etlichen Kollegen für strengste Regeln für Futtermittel eingesetzt - leider meistens gegen den erbitterten Widerstand vieler Mitgliedstaaten und Futtermittelhersteller, die das für überflüssige und übertriebene Regelungswut hielten.“

Dagmar Roth-Behrendt erklärte weiter: „Futtermittel sind das erste Glied der Nahrungsmittelkette. Man muss sie sich im Prinzip auf dem Teller vorstellen - Messer und Gabel direkt daneben. Wenn das endlich einmal Landwirtschaftsminister, Bauern und Futtermittelhersteller in der ganzen EU kapierten würden und verstehen, dass billigste Futtermittel immer die Verführung von schlechter Qualität und Abfallentsorgung beinhalten, dann wären sie vielleicht endlich bereit, nur absolut saubere und zuverlässige Grundstoffe zu verfüttern.“

Dagmar Roth-Behrendt abschlie-

ßend: „Ehrlich gesagt, optimistisch bin ich nicht, dass das endlich jemand versteht, denn die letzten 15 Jahre haben etwas anderes gezeigt.“

### Schutz vor Kindesmissbrauch

Anlässlich der Vorstellung des Berichts im Innenausschuss des Europäischen Parlaments begrüßt Birgit Sippel, innenpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten, das Anliegen, Prävention und Verfolgung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie zu verbessern und den gesetzlichen EU-Rahmen von 2004 zu überarbeiten.

Birgit Sippel: „Sexueller Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern sind ein besonders schweres Verbrechen, das bei den Opfern zu lang anhaltenden körperlichen, psychischen und sozialen Schäden führt. Diese Form der Kriminalität gilt es zu verhindern.“ Die Sozialdemokratin führt an, dass 80 Prozent aller Straftaten im familiären Umfeld oder in der Schule stattfinden, „das heißt, dass der Täter meist eine Person ist, dem das Kind vertraut. Wer sexuelle Gewalt gegen Kinder effektiv bekämpfen will, muss sich deshalb vor allem auf das reale Leben konzentrieren“, fordert Birgit Sippel weiter.

„Die Harmonisierung des Strafrechts in diesem Bereich auszubauen und Opfer von Sexualverbrechen umfassend zu unterstützen, ist dringend notwendig. Eventuelle Strafverschärfungen sowie die Benennung neuer

(Fortsetzung auf Seite 4)



# EUROPA-AKTUELL

Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 1/2011, 13. Januar 2011



(Fortsetzung von Seite 3)

Straftatbestände müssen jedoch sorgfältig hinsichtlich ihrer Wirksamkeit geprüft werden“, so Birgit Sippel.

Der Berichtsentwurf sieht gegenüber dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission eine Erhöhung des Strafmaßes für Straftatbestände im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung um jeweils ein Jahr vor. Darüber hinaus sollen kinderpornographische Inhalte sofort aus dem Internet gelöscht werden, wobei es zusätzlich den EU-Mitgliedstaaten erlaubt sein soll, Internetsperren im Einklang mit nationalem Recht einzuführen.

„Die geplanten Internetsperren bergen erhebliche Risiken für unser demokratisches Gemeinwesen und die Informations- und Meinungsfreiheit. Diejenigen, die kinderpornografisches Material über das Internet beziehen wollen, suchen gezielt danach und können die geplanten Sperren ohne nennenswerten Aufwand umgehen. Deshalb muss Kinderpornografie bekämpft und aus dem Internet gelöscht werden. Wir werden uns gezielt dafür einsetzen entsprechende Nachbesserungen am Kommissionsvorschlag zu erreichen“, so Birgit Sippel abschließend.

## Wegweiser Europa

### Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte

Gefährliche Verbrauchsgüter können dem EU-Schnellwarnsystem RAPEX von Kontrolleuren aus den Mitgliedsstaaten gemeldet werden. Das Schnellwarnsystem veröffentlicht wöchentlich eine Liste mit diesen Produkten:  
<http://ec.europa.eu/rapex>

## Terminhinweise

14. Januar, 18.00 Uhr

**Was? Fachgespräch „Die Zukunft des deutschen Arbeitsmarkts aus europäischer Perspektive“**

Wo? Bretzfeld-Bitzfeld, Hotel-Restaurant Rose

16. Januar, 11.00 Uhr

**Was? Neujahrsempfang der SPD Schrozberg**

Wo? Schrozberg, Kultursaal im Schloss

20. Januar

**Was? Besuchergruppe HSG Freiburg**

Wo? Straßburg

22. Januar, 11.00 Uhr

**Was? Neujahrsempfang SPD Kreisverband Schwäbisch Hall**

Wo? Schwäbisch Hall, Neubausaal

22. Januar

**Was? SPD Landesparteitag**

Wo? Stuttgart, Liederhalle

26. Januar

**Was? Neujahrsempfang der Landesregierung Baden-Württemberg**

Wo? Brüssel

27. Januar, 19.00 Uhr

**Was? Wahlkampfauftakt mit Landtagskandidat**

**Hermann-Josef Pelgrim**

Wo? Neuenstein, Stadthalle

28. Januar, 19.00 Uhr

**Was? Informationsveranstaltung von Europa-Union und dem Partnerschaftsverein Aspach - Chemillé e.V.**

Wo? Aspach, Rathaus

30. Januar, 11.00 Uhr

**Was? Neujahrsempfang der SPD Künzelsau**

Wo? Künzelsau, Stadthalle

3. Februar

**Was? Besuchergruppe Uni Stuttgart**

Wo? Brüssel

7. Februar

**Was? Parteivorstand und Parteiratssitzung**

Wo? Berlin

11. Februar

**Was? Europapolitische Kommission**

Wo? Berlin

14. Februar, 11.00 Uhr

**Was? Eröffnung des Gaildorfer Pferdemarkts**

Wo? Gaildorf, Wurmbrandsaal im Alten Schloss

## Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro  
Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22  
Fax: 0 79 40 – 5 91 44  
[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europäisches Parlament  
60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66  
[Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu)

Die nächste Ausgabe erscheint am 10. Februar 2011.